

Freitag, 17. Februar 2012

AdR fordert sofortige Finanztransaktionssteuer, notfalls im Wege einer verstärkten Zusammenarbeit

Der Ausschuss der Regionen (AdR) drängt auf das rasche Inkrafttreten der EU-Richtlinie über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem (FTS), ggf. im Zuge des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit zumindest in der Eurozone.

Mit der Annahme des vom deutschen Berichterstatter Ralf Christoffers (SPE), Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, erarbeiteten Stellungnahmeentwurfs, betonte das AdR-Plenum, dass einer Zersplitterung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen im Zuge etwaiger nationaler Initiativen dringend vorzubeugen ist, und fordert maßgebliche Nachbesserungen an dem von der Kommission im vergangenen September vorgelegten Entwurf, damit die europäische Tobin-Steuer noch ehrgeiziger und wirkungsvoller wird.

Die wichtigsten, in der Stellungnahme geforderten Änderungen sind: die Anwendung der Steuer auf alle Währungstransaktionen, die Ausnahme von ausschließlich den öffentlichen Sektor finanzierenden Sonderkreditanstalten von der Finanztransaktionssteuer und die materielle Gleichbehandlung aller der Besteuerung unterfallenden Finanzinstrumente.

"Der Kommissionsvorschlag muss unterstützt und verbessert und der ganze Prozess zu einem schnellen Abschluss gebracht werden", so Berichterstatter Christoffers. "In der gegenwärtigen Lage ist eine europäische Finanztransaktionssteuer dringend notwendig, um einer weiteren Spekulation vorzubeugen und sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Finanzkrise anzugehen. Denn die FTS würde im Wesentlichen die schädlichsten Transaktionen betreffen, während die Finanzakteure dazu angehalten werden, sich an Kosten zu beteiligen, die durch die Maßnahmen zur Stabilisierung der Aktien- und Rentenmärkte entstanden sind".

Krankheitsbedingt konnte Christoffers seinen Bericht nicht persönlich im AdR-Plenum vortragen. In der Debatte ist er von der Berliner Abgeordneten Martina Michels (SPE) vertreten worden.

In der Diskussion hat die Delegation der britischen Konservativen einer EU-Finanztransaktionssteuer wegen des Fehlens einer globalen Lösung eine klare Absage erteilt und die Versammlung vor einer möglichen Abwanderung der Transaktionen aus der EU gewarnt. Am Ende brachte eine große Mehrheit bei der Abstimmung im Plenum die uneingeschränkte Unterstützung des Vorschlags durch die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der EU zum Ausdruck, und das nur wenige Tage nachdem neun EU-Mitgliedstaaten den dänischen Ratsvorsitz in einem Schreiben um umgehende Einführung einer EU-Finanztransaktionssteuer ersucht haben.

In der Stellungnahme wird dafür plädiert, die Einnahmen aus der FTS – die von der Kommission auf über 50 Milliarden Euro jährlich veranschlagt werden – "zwischen der Union und den Steuer erhebenden Mitgliedstaaten nach einem bestimmten Verhältnis aufzuteilen", wodurch die Beiträge der Mitgliedstaaten im System der Eigenmittel reduziert werden könnten.

Der AdR im Internet: www.cor.europa.eu